

# Antrag Nr. 15-F-33-0013

## CDU und SPD

---

### Betreff:

Stationierungskräfteansatz im KFA

-Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 04. Februar 2015-

### Antragstext:

Im Rahmen eines Pressegesprächs am 29.01.2015, stellte der Hessische Minister für Finanzen Dr. Thomas Schäfer die Veränderungen der Modellrechnung für den Kommunalen Finanzausgleich vom 05.11.2014 vor. Dabei erwähnte er die Planung zum Verzicht auf den Ergänzungsansatz für Stationierungsstreitkräfte, die sich bei Umsetzung des Vorhabens, insbesondere zu Lasten der LH Wiesbaden auswirken würde.

Die große Zahl der in Wiesbaden lebenden Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte bedeutet für die Stadt in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens einen höheren Aufwand, der auch einen entsprechenden Finanzbedarf nach sich zieht. Im Stationierungskräftezuschlag sind bisher ohnehin nur die nichtkasernierten Mitglieder der US-Army berücksichtigt. Diese versorgen sich zu einem erheblichen Teil am allgemeinen Wohnungsmarkt mit Wohnraum und nutzen auch die öffentliche Infrastruktur.

Die Streichung des Ergänzungsansatzes ausgerechnet in einer Zeit, in der die Streitkräfte in Wiesbaden gebündelt werden und ein Zuwachs der amerikanischen Wohnbevölkerung zu verzeichnen ist, kann rational nicht nachvollzogen werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

- (1) Der Ausschuss spricht sich gegen den vom Land Hessen geplanten Wegfall des Ergänzungsansatzes für Stationierungsstreitkräfte im KFA aus.
- (2) Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung wie auch bei den Wiesbadener Landtagsabgeordneten für eine Beibehaltung des Ergänzungsansatzes einzusetzen.

Wiesbaden, 04.02.2015